

Ansprache von Konrad Adenauer (4. September 1954)

Legende: Am 4. September 1954 hält der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer eine Rundfunkansprache über die Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und die internationale Lage nach der Ablehnung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) durch die französische Nationalversammlung am 30. August 1954.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 07.09.1954, Nr. 167. Bonn: Deutscher Bundesverlag.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL: http://www.cvce.eu/obj/ansprache_von_konrad_adenauer_4_september_1954-de-8641d316-f559-4ca4-ab9c-0b8c389d51d4.html

Publication date: 25/10/2012

Ansprache von Konrad Adenauer (4. September 1954)

Die französische Nationalversammlung hat am Montag, dem 30. August 1954, beschlossen, das Gesetz über die Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft von der Tagesordnung abzusetzen. Dieser Beschluß hat in der außenpolitischen Atmosphäre der Welt eine starke Bewegung hervorgerufen. Die französische Nationalversammlung war das vorletzte Parlament der sechs Teilnehmerstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, das sich mit dem Verträge beschäftigte. Das italienische Parlament hat bisher noch nicht Beschluß gefaßt, aber seine sämtlichen Ausschüsse haben der Ratifizierung zugestimmt, und nach der Zusammensetzung des italienischen Parlaments kann kein Zweifel daran bestehen, daß auch das italienische Parlament zustimmen wird. Allein das französische Parlament hat sich bisher versagt. Es hat dabei ein besonders eigenartiges Verfahren gewählt. Es hat auf Grund einer Bestimmung seiner Geschäftsordnung die Beratung, die begonnen hatte, abgebrochen und den Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt. Dieser Beschluß wurde am dritten Tage der Beratung gefaßt, nach dem vorher über die Ablehnung der Ausschüsse berichtet worden war. Von den Freunden der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ist infolge der vorzeitigen Absetzung von der Tagesordnung nur einer zu Wort gekommen.

Dieser Vorgang ist um so eigenartiger, als es sich um ein sehr bedeutungsvolles Vertragswerk handelte, das französischer Initiative seine Entstehung verdankte, das von mehreren französischen Regierungen unterschrieben oder gebilligt worden war und das die Parlamente der anderen EVG-Länder bereits passiert hatte, zu dem auch die Parlamente der Vereinigten Staaten und Großbritanniens bejahend Stellung genommen hatten. Den Ausschlag gaben bei der Abstimmung in Paris die kommunistischen Stimmen. Die übrigen Stimmen, die für die Absetzung von der Tagesordnung abgegeben wurden, wurden abgegeben zum Teil aus nationalistischen Gründen, zum Teil aus Antipathie gegen Deutschland. Mit Recht hat der amerikanische Staatssekretär des Auswärtigen, Foster Dulles, in einer Erklärung folgendes gesagt: „Es ist eine Tragödie, daß sich der Nationalismus mit der Unterstützung des Kommunismus in einem Lande so durchsetzt, daß das ganze Europa gefährdet wird.“

Die Brüsseler Konferenz

Man kann diese Prozedur in der französischen Nationalversammlung nicht richtig verstehen und würdigen, wenn man nicht gleichzeitig sich die Vorgänge auf der vorangegangenen Brüsseler Konferenz vor Augen hält. Die Brüsseler Konferenz begann unter dem Vorsitz des belgischen Außenministers Spaak am 19. August und endete am 22. August nachmittags. An ihr nahmen teil die Außenminister der sechs EVG-Länder, als Vertreter der französischen Delegation der Ministerpräsident Mendès-France, der zugleich Außenminister ist. Auf ihr stellte der französische Ministerpräsident eine Reihe von Anträgen, die er damit begründete, daß, wenn diesen Anträgen nicht stattgegeben werde, keine Mehrheit in der französischen Nationalversammlung zu erreichen sein werde. Die Schwierigkeiten in der französischen Nationalversammlung waren allen Teilnehmern bekannt und man war sich deswegen darin einig, daß man den französischen Wünschen bis zur Grenze des Möglichen entgegenkommen wollte. Man war aber nicht geneigt, Anträgen stattzugeben, die eine neue Ratifizierung des Vertrages in den Ländern, die schon abgeschlossen hatten, nötig gemacht hätte, die die supranationalen Organe der EVG abgeschafft hätten, die eine Diskriminierung irgendeines der Teilnehmerstaaten zur Folge gehabt hätten.

Endlich wollte man keinen Anträgen stattgeben, durch die die militärische Wirksamkeit der Europa-Armee beeinträchtigt worden wäre. Einer Anzahl der französischen Anträge wurde stattgegeben, eine Anzahl abgelehnt. Diejenigen, denen man im Hinblick auf die oben entwickelten Grundsätze nicht stattgab bezeichnete er als entscheidend. Er verlangte u.a. als besonders entscheidend, daß jedes Land, insbesondere aber Frankreich, während der ersten acht Jahre ein Vetorecht haben müsse. Die übrigen Teilnehmer waren sich darüber klar, daß die Gewährung eines Vetorechtes an eines der Mitgliederstaaten den Vertrag zwecklos gemacht haben würde. Ich habe mich absichtlich bei den ganzen Diskussionen und Erklärungen fast völlig zurückgehalten, damit es nicht so aussah, als ob ein Gegensatz besonders zwischen Frankreich und Deutschland bestünde. Die einmütige Ablehnung der Fünf kam zustande, ohne daß zwischen ihnen jemals eine Verabredung oder auch nur eine besondere Aussprache stattgefunden hatte. So bedauerlich, ja erschreckend, die Haltung Frankreich allen Teilnehmern erschien, so erfreulich war es andererseits, daß ein

sehr starkes Europa-Bewußtsein bei den fünf Widersprechenden spontan zutage trat.

Die Lage ist ernst - Viererkonferenz?

Die Situation, die sich aus dem Beschluß der französischen Nationalversammlung ergibt muß man mit allem Ernst mit großer Vorsicht und großer Zurückhaltung betrachten. Es erscheint widersinnig, daß das Schicksal Europas auf die Dauer beeinflusst, ja entschieden werden könnte, von 100 Mitgliedern der französischen Nationalversammlung, die ihre Stimmen nach dem Kommando Moskaus abgeben. Aber die Lage ist ernst, die Besserung und Entwirrung verlangt auf allen Seiten große Klugheit und Überlegung.

Zuerst nahm in der deutschen Öffentlichkeit Stellung der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Herr Ollenhauer. Er erklärte, daß die Sozialdemokratische Fraktion die baldigste Abhaltung einer Viererkonferenz (das sind die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Sowjetrußland, Frankreich) verlangen. Dazu möchte ich folgendes sagen. Sicher muß die deutsche Frage und die Frage der Sicherheit Europas eines Tages und nach entsprechender Vorbereitung durch eine solche Viererkonferenz gelöst werden. Aber das jetzt immer wieder von sozialdemokratischer Seite wiederholte Verlangen nach alsbaldigem Zusammentritt dieser Viererkonferenz ist in keiner Weise mit den deutschen Interessen vereinbar. Nachdem zuerst Genf, dann Paris einen solchen Riß in der Front der freien Völker gezeigt hat, würde eine solche Konferenz unter denkbar günstigen Auspizien für Sowjetrußland unter denkbar ungünstigen Vorzeichen für die freien Völker beginnen. Sie würden entweder völlig ergebnislos verlaufen, und eine solche ergebnislose Konferenz verhärtet die Fronten oder aber sie würde einen für Deutschland sehr ungünstigen Abschluß finden.

Ich empfehle den sozialdemokratischen Rednern einen Blick in die in Paris erscheinenden kommunistischen und gaullistischen Zeitungen zu werfen, dann müßten sie eigentlich Bescheid wissen. Dies Verlangen der SPD wurde ohne jede Fühlungnahme mit der Bundesregierung in ostentativer Weise mehrfach in der Öffentlichkeit erhoben, deutschlandfeindliche politische Kreise in einigen Ländern erhielten dadurch Auftrieb. Zu der vor einiger Zeit erfolgten Erklärung der SPD, sie sei bereit, nach einem eventuellen Scheitern der EVG den Boden für eine gemeinsame Außenpolitik mit der Regierungskoalition und der Bundesregierung zu suchen, standen diese voreiligen prononcierten Verlautbarungen der SPD in schroffen Gegensatz. Bundesregierung und Regierungskoalition waren bei der außerordentlichen und verwirrten und gefährlichen außenpolitischen Situation verpflichtet, unverzüglich ihre Beurteilung der Lage so schnell als möglich der deutschen und der internationalen Öffentlichkeit mitzuteilen.

Ansehen und Einfluß der Bundesrepublik außerordentlich gestärkt

Für den Versuch zu einer Verständigung mit der SPD zu kommen, war bei der Verwirrung, die das Verlangen der SPD, so schnell als möglich eine Viererkonferenz abzuhalten namentlich auch im Auslande hervorgerufen hatte, keine Zeit mehr. Dieser Versuch mußte zunächst um kurze Zeit verschoben werden. Ich berief daher auf den 1. September 1954 das Bundeskabinett und die Vorsitzenden der Koalitions-Fraktionen nach Bühler Höhe. Bei der oben von mir erwähnten, der Öffentlichkeit bekannt gegebenen Stellungnahme der SPD, schien mir eine Einladung des Herrn Ollenhauer zu dieser Konferenz nicht tunlich.

Das Kabinett und die Vorsitzenden der Koalitions-Fraktionen kamen einstimmig zu der Feststellung, daß die bisher verfolgte Europa-Politik beibehalten werden müsse. Man ging bei dieser Beschlußfassung davon aus, daß ohne Verfolgung dieser Europa-Politik Deutschland und ganz West-Europa nicht gerettet werden könne. Man war auch einstimmig der Ansicht, daß die bisher von Regierungskoalition und Bundesregierung seit 1949 befolgte Europa-Politik das Ansehen und den Einfluß der Bundesrepublik außerordentlich gestärkt habe, so daß man nunmehr mit viel stärkerem Nachdruck außenpolitische Wünsche und Forderungen geltend machen könne, als das etwa im Jahre 1950 möglich gewesen wäre. Man beschloß weiter, von den Besatzungsmächten Wiederherstellung der Souveränität der Bundesrepublik sowie Teilnahme an der westlichen Verteidigung ohne Diskriminierung zu fordern.

Zu dieser Frage möchte ich noch ein Wort sagen. Es ist von sozialdemokratischer Seite gegen diese Forderung geltend gemacht worden, man dürfe durch die Forderung nach Souveränität für die

Bundesrepublik die Besatzungsmächte nicht aus ihrer Verantwortung für Deutschland und die Wiedervereinigung entlassen, es hält schwer, etwas Merkwürdigeres, um keinen anderen Ausdruck zu gebrauchen, zu sagen als es diese Ausführungen sind. Ich betone aber: Es ist selbstverständlich, daß bei den Verhandlungen über die Wiederherstellung der Souveränität der Bundesrepublik die im Deutschland-Vertrag niedergelegte Verpflichtung der drei Besatzungsmächte, zusammen mit der Bundesrepublik die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und ihre Integration in den Westen herbeizuführen, aufrechterhalten werden muß. Im Ausland, namentlich in der französischen Presse, würden Einwendungen gegen diese Forderungen geltend gemacht. Man sprach insbesondere von einem Wiedererstehen des deutschen Militarismus, man dürfe unter keinen Umständen dem deutschen Volk das Recht geben, unbegrenzt und unkontrolliert aufzurüsten.

Darauf erwidere ich mit allem Nachdruck folgendes: Mit betonter Absicht hat das Bundeskabinett und haben die Vorsitzenden der Koalitions-Fraktionen an die Spitze des Beschlusses vom 1. September gestellt, daß die bisherige Europa-Politik von der Bundesrepublik weiter befolgt wird. Diesem obersten Satz ordnen sich die weiteren Forderungen unter. Die Wiederaufrüstung Deutschlands soll in dem Umfang und in der Art geschehen, wie die schon bisher von der Bundesrepublik befolgte Europa-Politik es nötig macht. Die Bundesrepublik wird bereit sein, sich selbst, auch wenn sie im Besitz der vollen Souveränität ist, die Beschränkungen in der Bewaffnung aufzuerlegen, die die Fortführung der Europa-Politik erforderlich macht.

Keine Isolierung und Brückierung Frankreichs - Verhandlungen mit England und den USA

Der Beschluß sieht ferner Aufnahme von Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien vor. Die Sozialdemokratie hat bemängelt, daß nicht die Rede ist von Verhandlungen mit Frankreich. Man hat davon gesprochen, man wolle Frankreich brückieren oder sogar isolieren. Das ist natürlich Unsinn. Kein verantwortlicher deutscher Politiker denkt an eine Isolierung oder sogar Brückierung Frankreichs. Insbesondere bin ich davon zutiefst überzeugt, daß eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland das absolut notwendige Fundament jeder Europa-Politik ist. Wir haben beschlossen, in Verhandlungen mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten einzutreten, weil die mit Frankreich in Brüssel geführten Verhandlungen zu keinem positiven Ergebnis geführt haben und weil England und die Vereinigten Staaten durch die von ihnen bereits im Jahre 1952 vorgenommene Ratifizierung des Deutschlandvertrages Teilhaber der ganzen Vertrags-Politik, wie sie im Deutschlandvertrag und dem Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft niedergelegt ist, geworden sind.

Die Verhandlungen mit England und den Vereinigten Staaten haben begonnen. Sie haben die Gewährung der Souveränität und den deutschen Beitrag zur Verteidigung der freien Welt zum Gegenstand. Es werden nach meiner Überzeugung weitere Verhandlungen mit Frankreich folgen. Es ist selbstverständlich, daß wir in guter Verbindung und Konsultation mit den übrigen EVG-Partnern bleiben, der EVG-Vertrag sieht dies für den Fall, daß nicht alle ratifizieren, ausdrücklich vor. Über das Ergebnis der Verhandlungen mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten jetzt zu sprechen, wäre unklug. Ich erkläre aber ausdrücklich, daß man volles Verständnis für unsere Anliegen und für die Notwendigkeit eines deutschen Verteidigungsbeitrages zeigt. Das gilt sowohl von der amerikanischen wie von der britischen Regierung. Die Verhandlungen werden in einer vertrauensvollen, ja herzlichen Atmosphäre geführt.

Recht der individuellen und kollektiven Verteidigung

Aus der Erklärung, die Staatssekretär Dulles abgegeben hat, möchte ich den Satz hervorheben, daß man unmöglich auf die Dauer der Bundesrepublik das Recht der Individuellen und der kollektiven Verteidigung vorenthalten kann. Mir scheint, daß dieser Satz den Kardinalpunkt der ganzen Frage richtig wiedergibt. Jedes Land, jedes Volk, muß das Recht und die Möglichkeit der individuellen und der kollektiven Selbstverteidigung haben. Mir scheint das ein notwendiges Fundament eines demokratischen Staates zu sein. Ich hoffe, daß die Verhandlungen auch mit den übrigen Mächten einen guten und schnellen Verlauf nehmen werden. Natürlich muß man sich darüber klar sein, daß eine so schwierige Materie, bei der mehrere Länder mitzusprechen haben, nicht binnen 24 Stunden oder auch nicht binnen einer Woche geregelt werden kann.

Lassen Sie mich zum Schluß folgendes erklären: Es ist nach wie vor notwendig, daß sich Europa einigt, es ist notwendig, daß die Bundesrepublik, daß Deutschland nach seiner Wiedervereinigung fest mit dem freien Westen verbunden bleibt. Es ist notwendig, im Interesse des Friedens in Europa und in der Welt, daß die Bundesrepublik, daß Deutschland seinen Beitrag zur Verteidigung ohne jede Diskriminierung leistet. Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft sei es in dieser, sei es in jener Form wird kommen. Die Bundesrepublik wird immer bereit sein, ihre nationalen Streitkräfte in eine europäische Armee einzugliedern, ebenso wie Belgien, Holland, Italien, Luxemburg, und wie wir hoffen auch Frankreich. Die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland ist das Fundament, die notwendige Voraussetzung jeder europäischen Einigung. Der große, historische Plan einer europäischen Einigung wird nicht durch die Abstimmung über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung des EVG-Vertrages in einem der beteiligten Parlamente getötet werden. Eines ist gegenüber der kommunistischen Bedrohung vor allem notwendig: Einheit und Geschlossenheit der freien Völker der Welt.